

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, A. 16, Holbeinstr. 46

Fernsprecher 21 368 Postcheckkonto Leipzig Nr. 14 797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Geschäftsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A 4.05 M., Ausgabe B 2.75 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 4.95 M., Ausgabe B 4.65 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags. — Erscheinungsort der Redaktion: 11 bis 12 Uhr vormittags.

Anzeigen: Ausnahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitschriften 50 J., im Restemittel 1 M., Familien-Anzeigen 60 J. — Für unbenutzte geschickene, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernehmen

Die Sächsische Zentrumspartei

Mit dem heutigen Tage tritt das Parteisekretariat der Sächsischen Zentrumspartei in Tätigkeit. Das ist ein Wendepunkt in der Geschichte unserer Partei, an dem nicht vorübergegangen werden kann, ohne ein Wort dazu zu sagen.

Bis zum vorigen Jahre hatte die Zentrumspartei in Sachsen nur acht Ortsgruppen, vor allem in den größeren Städten. Die neue Zeit brachte auch hier einen völligen Umschwung. Noch während des Wahlkampfes entstanden zwanzig neue Ortsvereine der Zentrumspartei, in denen reges Leben herrschte. Mit 23 000 Stimmen ging die sächsische Zentrumspartei aus dem Wahlkampf hervor. Ein außerordentlicher Erfolg, wenn man bedenkt, daß 6000 die höchste Stimmzahl war, die früher einmal die Zentrumspartei in Sachsen erreicht hatte. Als die Wahlen vorbei waren, mußte daran gedacht werden, nicht nur das Erreichte festzuhalten, sondern die Organisation vor allem auszubauen und auf eine breitere Grundlage zu stellen. Der Parteitag am 6. April dieses Jahres legte die Grundlinien dafür fest und die Sitzung der Vorsitzenden der Ortsgruppen am 22. Juni gab dem vom geschäftsführenden Ausschuss vorgelegten Satzungsentwurf seine Zustimmung.

Der wichtigste Punkt war die Schaffung des Parteisekretariates, das nunmehr mit dem heutigen Tage seine Arbeiten begonnen hat. Das Sekretariat ist nebenamtlich mit der Redaktion der „Sächsischen Volkszeitung“ verbunden worden, da für die Errichtung eines hauptamtlichen Parteisekretariates die Mittel noch nicht vorhanden sind. Das Ziel muß aber die Schaffung eines hauptamtlichen Sekretariates sein und dieses Ziel muß mit aller Kraft angestrebt werden. Aber auch die Errichtung des jetzigen Sekretariates kann schon als ein Erfolg betrachtet werden, der auch für die Zukunft Gutes erhoffen läßt.

Das Parteisekretariat muß den Mittelpunkt für die Partei bilden, an dem alle Fäden zusammenlaufen und alle Wünsche zum Ausdruck kommen sollen. Die Partei muß, wenn sie sich fort- und weiterentwickeln soll, eine Zentrale besitzen und das soll und muß das Parteisekretariat sein. Es war vor allem notwendig, mit der Schaffung des Parteisekretariates nicht länger zu warten, denn die Reihen zum Reichstag sind in greifbarer Nähe gerückt. Die Parteien beginnen bereits, sich zum Wahlkampf zu rüsten. Da darf auch die Zentrumspartei in Sachsen nicht zaudern und zögern. Das Sekretariat wird aber nur dann nützbringende Arbeit im Interesse der Partei leisten können, wenn es von den Parteifreunden im ganzen Lande auf das tatkräftigste unterstützt wird. Das ist die Voraussetzung für alle positive Arbeit. Vor allem müssen die Ortsgruppen ständig das Sekretariat über ihre Tätigkeit auf dem Laufenden halten.

Nun heißt es also, frisch und unermüdet an die Arbeit gehen, und den Grundfähen der Zentrumspartei auch in Sachsen Geltung zu verschaffen. Diese Grundfähen sind keine Tagesmünzen, sie besitzen Ewigkeitswert und deshalb werden sie sich auch auf unserem schwierigen Boden durchsetzen, wenn alle dazu durch praktische Mitarbeit beitragen. Dann wird und muß auch unseren Gegnern, die heute noch glauben, von der „politischen Bedeutungslosigkeit des Zentrums in Sachsen“ schreiben zu können, klar werden, daß ihre Meinung irrig ist. Wer die Zeichen der Zeit versteht, weiß, daß das Zentrum auch bei uns in Sachsen marschiert und seinen Weg machen wird. Die Voraussetzungen dafür sind gegeben. An unseren Freunden liegt es, sie in die Tat umzusetzen. hsl.

Alle Zuschriften an das Sekretariat der sächsischen Zentrumspartei sind zu richten an den Parteisekretär Chefredakteur Paul Schein, Dresden-A. 16, Holbeinstr. 46.

Tirpitz*)

Nach Ludendorff — Tirpitz! Dort der Befehlshaber der deutschen Landmacht — hier der Schöpfer und Führer der deutschen Flotte! Beide gleich ausgezeichnet in großem Aufstieg vor dem Kriege, beide in vorderster Front während des Krieges, beide durch das Schicksal hart getroffen, resigniert, verärgert und seelisch auf das Tiefste erschüttert nach dem Kriege. Beide sehen sich vom Streit der Meinungen um ihre Person wie um ihre Wirksamkeit auf das heftigste umbrannt. Darum griffen beide zur Feder, um ihre „Erinnerungen“ zu schreiben. Während aber sonst

*) Alfred von Tirpitz, Erinnerungen. Mit Bild des Verfassers. 228 Seiten. Leipzig 1919. R. F. Roescher, Verlag. Preis geb. RM 20.—, geb. RM 25.—.

solche „Erinnerungen“ Rechtfertigungschriften werden mit der ganz bestimmten Tendenz für die Anerkennung ihres Schaffens und Wirkens zu werden sieht man sich bereits in Ludendorffs Denkwürdigkeiten, schier mehr aber noch in Tirpitz „Erinnerungen“ groß angelegten Quellenwerken gegenüber, die im Grunde nach nichts anderem streben, als in das Dunkel der Streitursachen und der strittigen Meinungen Klarheit zu bringen.

Das Buch des ehemaligen Großadmirals von Tirpitz gewinnt ein besonderes Interesse dadurch, daß es nicht allein auf die Kriegsergebnisse sich beschränkt, sondern ein Bild der Entwicklung und des persönlichen wie beruflichen Werdeganges des Verfassers, damit zugleich aber auch ein Bild der Entwicklung und des Werdeganges der deutschen Flotte selbst gibt. Eine meisterhafte Sprache macht dieses Buch besonders schätzenswert. Einmal begonnen, möchte man es nicht mehr aus der Hand legen. Wie ein klassischer Roman lesen sich die spannend geschriebenen, mit reichem Inhalt ausgestatteten Kapitel.

Tirpitz schreibt, wie er im Vorwort sagt, seine „Erinnerungen“ nieder, weil er den Nachweis bringen wollte, daß unser altes Staatsgebäude nicht morsch und veraltet war, sondern für jede Fortbildung die Fähigkeit besaß. Ganz besonders nimmt er den Kaiser in Schutz dagegen, daß er den Krieg gewollt habe. Als die hauptsächlichsten Ursachen bezeichnet er die „Schwäche, die sich auf den Gebrauch der Macht nicht verstand, weder zur Friedensbewahrung noch zum Friedensschlusse“, sowie die „Täuschung über unsere Gegner, über die Natur ihrer Kriegsziele und Kriegsführung und über das Wesen des Wirtschaftskrieges“.

Tirpitz beginnt seine „Erinnerungen“ mit seinem Eintritt in die preussische Marine. Man erlebt den nützlichsten Aufstieg der deutschen Flotte in diesen Darlegungen mit. Eine besondere Aufmerksamkeit widmet Tirpitz den technischen Dingen. Sein Aufsteigen sei mit der Entwicklung der Torpedowaffe verknüpft. Für das Experimentieren sei er nie gewesen. Auch später bei allen neuen Erfindungen, sei es Luftschiff oder Unterseeboot gewesen, habe er erst zugestimmt, sobald er sah, „daß wirkliche Entwicklung in der Sache lag“. Damit begegnet Tirpitz schon den heftigen Vorwürfen, die er sich wegen seiner zögernden Haltung in technischen Angelegenheiten, besonders in der Unterseebootwaffe, von verschiedenen Seiten zugezogen hat. Ein Kapitel, betitelt „Der neue Kurs“, setzt sich zum Teil in recht erheblicher Form gegen Kaiser Wilhelm II. zusammen. Dessen Eigenmächtigkeit und Eingriffe in die technischen Fragen wären oft Grund zu lebhaften Verteidigungen gewesen. Tirpitz spricht in späterem Zusammenhang von mehrfachen Abschiedsgesuchen, die er aus solchen Anlässen dem Kaiser unterbreitete.

Die „Reichstags-Erinnerungen“ Tirpitz bieten besonders fesselnde Momente. Interessant ist namentlich die Schilderung des Eingreifens des Kaisers im Jahre 1899 in die neuen Flottenpläne. Man habe ihn gedrängt, „Was man habe doch die ganze Reichsverfassung in 24 Stunden gemacht, weshalb er so zögerte?“ Man hört, wie die Parteien sich stellten und wie immer bei Flottenvorlagen das Zentrum zugunsten derselben den Ausschlag gab. Man erfährt auch, daß Tirpitz selbst, um beim Zentrum weniger Widerstand zu finden, im Jahre 1900 die Preisgabe des § 2 des Jesuitengesetzes empfohlen hatte, wie aber der Kaiser auf den Rat seines Privatsekretärs Lukanus, dem Billow beizutrat, ablehnte. Das Zentrum hatte damals in Würdigung der Staatsnotwendigkeiten die Vorlage ohne die Gewährleistung einer politischen Gegengabe in obenbezeichnetem Sinne genehmigt.

Tirpitz kommt dann auf die englischen Stimmungen gegenüber dem Wachstum der deutschen Flotte zu sprechen, die sogar auch nicht ohne Einfluß auf die deutschen politischen Entschlüsse waren. Der Kaiser selbst erzählte Tirpitz, „daß man ihn als einen gefährlichen Widersacher und zwar als den einzigen „Dangerous man“ bezeichnet hat. Tirpitz erwiderte, „daß ihm im Leben kein größeres Lob gesagt worden wäre“.

Es kam dann der Krieg. Das Kapitel des Ausbruchs des Krieges gehört wohl zum Spannendsten, was über die Kriegsgeschichte je geschrieben worden ist. Seine grundsätzliche Stellungnahme zu den „Hauptfragen des Krieges“ hat Tirpitz in einem eigenen großen Kapitel, dem 17. des Buches, niedergelegt.

Seinem eigentlichen Arbeitsgebiete, „Der Hochseeflotte im Kriege“, widmet er einem im Verhältnis zu den gesamten Darlegungen nur geringen Raum. Man fühlt es aus jeder Zeile heraus, wie schmerzlich es ihm war, sich nicht in dem von ihm gewünschten Ausmaße auswirken zu können. Er beklagt vor allem, daß die Leitung der Marine nicht in eine Hand gelegt wurde. Das Neben- und Gegeneinanderwirken der verschiedensten Marinestellen wird von ihm auf

das heftigste bekämpft; er macht es schließlich für das „ganze Unglück“ verantwortlich. Daß der Kaiser sich persönlich die Führung seiner Lieblingswaffe vorbehielt, sei kein Ertrag gewesen. Das Kabinett habe den Monarchen bei seinen Bestrebungen über beraten. Die Folge sei gewesen, daß das vom Kaiser selbst geführte Nachmittags zur See „gewissermaßen im Kabinett vermoderte“. Der Entschluß, die Flotte einzusetzen, konnte dort nicht gefaßt werden. Man suchte nach Entschuldigungen für die eigene Schwäche und verfiel sogar darauf, das Material der Flotte schlecht zu machen. Als es nach Skagerrak den Zweifelsden wie Schuppen von den Augen fiel und sie erkannten, wie sehr unsere Schiffe den britischen überlegen waren, ist es für die Neue geschichtlich schon zu spät gewesen.“

In diesen paar Sätzen ist der Kern dessen, was Tirpitz über die durch die Umstände bedingte geringe Wirksamkeit unserer Seemacht zu sagen hat und welche Gründe er für die Verhältnisse verantwortlich macht. In diesem Kapitel wie in dem folgenden, das den Unterseebootskrieg behandelt, geht Tirpitz mit schärfsten Angriffen nach den verschiedensten Seiten vor. Man eröffnet hier mit wachsender innerer Erschütterung von schweren Unstimmigkeiten über die wichtigsten Fragen der Kriegsführung innerhalb gerade derjenigen Stellen, die für das Schicksal des Volkes verantwortlich waren. Der uneingeschränkte U-Bootskrieg wurde bekanntlich erst nach dem Rücktritt des Großadmirals Tirpitz aufgenommen. Tirpitz kann über diese Dinge nicht aus direkter Nähe urteilen; er geht aber gegen die „Vethmannsche Regierungsweise“ mit äußerster Schärfe vor. Er beklagt, daß man Einzelressorts von der Gesamtverantwortung stets ausgeschlossen und ihnen für die Urteilsbildung Tatsachen vorenthalten habe. Diesen, wie Tirpitz sagt, „alten Fehler unserer Regierungsweise“ schiebt er auch die Schuld dafür zu, daß der U-Bootskrieg schwebende diplomatische Verhandlungen durchschnitt.

Hier kehren also Klagen wieder, die in anderer Form, aber gleich im Inhalte, von den verschiedensten Stellen, namentlich auch von Ludendorff in seinen „Erinnerungen“ vorgebracht wurden. Immer aber klaffen noch große Lücken, um die Betrachtungsweise der Dinge, die wir erlebten, wirklich objektiv nach allen Seiten hin gestalten zu können. Man wird nun erst wieder die Entgegnungen der von Tirpitz in den Kreis seiner Erörterungen und auch seiner Angriffe gezogenen politischen, diplomatischen und sonstigen Persönlichkeiten und Stellen abwarten müssen, ehe man ein endgültiges Urteil zu fällen instande ist.

Sein kurzes Schlusswort beginnt Tirpitz mit dem Satz: „Das deutsche Volk hat die See nicht verstanden. In seiner Schicksalsstunde hat es die Flotte nicht ausgenutzt.“ Mit seinen „Erinnerungen“ will Tirpitz der deutschen Flotte nur noch das „Totendenkmal“ setzen. Jetzt bleibt nur noch des Zieles der Edlen wert: „Von Deutschland zu retten, was noch zu retten ist.“ Unsere Hoffnung aber sei das kommende Geschlecht.“

In seinem über 100 Seiten ausmachenden Anhang veröffentlicht Tirpitz Kriegsbriefe, in der Hauptache tagebuchartige Aufzeichnungen. Mit ihnen will Tirpitz zeigen, daß die dort niedergelegten Ansichten nicht nach beendetem Krieg entstanden sind, sondern sich in allen wesentlichen Punkten mit seiner Beurteilung während des Kriegsverlaufs deckten. Mit Bemerkungen zu unserer Schiffsbaupolitik, die ebenfalls einen stattlichen Umfang einnehmen, schließt das Werk. Es wird ganz sicher zu den eigenartigsten, aber auch bedeutungsvollsten literarischen Erscheinungen unserer Zeit zählen. Die Tatsache, daß dieses Buch im Auslande früher erscheinen konnte als bei uns, weil sich der Verfasser ihm gegenüber gemachter Anregungen auf Ausmerzung bestimmter Stellen nicht zu entschließen vermochte, macht das Werk nur um so begehrenswerter.

Wie man immer zu Tirpitz und seiner Taktik stehen mag, man wird nicht ohne tiefe Erschütterung dieses Buch, welches die „Geschichte der Tragödie eines großen Volkes ist“, aus der Hand legen können. str.

Die Wiedereröffnung der Nationalversammlung

Berlin, 30. September. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. und wünscht der Nationalversammlung einen geeigneten Einzug in ihrem Berliner Heim. Abg. Löbe (Soz.) fragt an, ob die Regierung das Vorgehen des Volksbundes in Sachen der Kriegsgefangenen billige. Regierungskommissar Stücklen: Das unqualifizierbare Vorgehen des Volksbundes hat der englischen Regierung erst das Material verschafft, das sie gegen unsere Kriegsgefangenen auspielte. Die Gefangenen haben sich dankbar und erfreut gezeigt, daß sie in der Heimat so herzlich bewillkommen wurden. — So

dann wird der Rotetot in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen. Es folgte die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die durch die inneren Unruhen verursachten Schäden. Abg. Heimann (Soz.): Jede Haftung örtlicher Gemeinden für Schäden aus Unruhen müßte ausgeschlossen sein. Ich beantrage die Verweisung an den Hauptausschuß. Abg. Astor (Zentr.): Wir können den Grundgedanken des Gesetzes nicht billigen, daß die Revolutionsschäden auf gleicher Grundlage wie die Kriegsschäden behandelt werden sollen. Ich beantrage die Überweisung an einen besonderen Ausschuß von 28 Mitgliedern. Abg. Bärwald (Den.): Das Gesetz legt geradezu eine Prämie auf die Plünderung aus. Vielleicht kann man auch die Veranfaller der Unruhen zu den Entschädigungen heranziehen. Ich beantrage die Überweisung an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern. Unterstaatssekretär Lewald: Die Unruhen werden in den meisten Fällen von Mitgliedern der Gemeinde, nicht von Fremden, erregt, also ist die Gemeinde verantwortlich. Gerade wenn die Schäden voll erlitten werden, so wäre das eine Prämie auf die Plünderung. Es muß auch bedacht werden, daß wir vielleicht noch nicht am Ende der Unruhen stehen. Also ist es unmöglich, daß das Reich die Schäden in ihrem ganzen Umfange ersetzt. Abg. Barmuth (Deutschnat.): Die Haftpflicht der Gemeinden kann nicht ganz ausgeschlossen werden, zumal die Schäden nicht nur durch die Tumultuanten, sondern auch bei der Abwehr verursacht werden. Um 6 1/2 Uhr vertagt das Haus die Weiterberatung auf morgen 1 Uhr. Außerdem Interpellation Heinze (Volksfragen).

Der neue Milliardenkredit

Berlin, 30. September. Der Nationalversammlung ist heute der Rotetot zugegangen, in dem u. a. 133 334 000 Mark zur Gewährung von Kriegsteuererhöhungszulagen an Beamte, Ruhegehaltsempfänger und Hinterbliebene angefordert werden, ferner 14 Milliarden Mark für die Verwaltung des Reichsheeres, des Reichsmilitärgerichts, der Reichsmarine und für das Kommando der Schutztruppen, sowie 15 Milliarden für die Ausführung des Friedensvertrages, insbesondere für den Wiederaufbau, sowie für einige Aufwendungen aus Anlaß des Krieges. Der Rotetot wurde in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses angenommen.

Valutafragen

Berlin, 30. September. In der der Nationalversammlung vom Reichsfinanzminister zugestellten Denkschrift zur Valutafrage wird zunächst ein Ueberblick über die Valutabewegung während der Kriegsjahre gegeben, worauf die Gründe für den Zusammenbruch der deutschen Valuta dargelegt werden. Die Denkschrift schließt mit einem Ueberblick über die geplanten neuen Maßnahmen zur Hebung der Valuta und nennt als solche neben innerer Ruhe und Ordnung unermüdete geregelte Arbeit, strengste Sparsamkeit, bessere Regelung der Einfuhr nach den Bedürfnissen Deutschlands, Wiederherstellung der Zollgrenze im Westen, Kontrolle des Finanzministeriums über alle staatlichen und kommunalen Finanzgeschäfte mit dem Auslande, Studium der Frage einer großen internationalen Anleihe für die Länder mit entwerteter Valuta, Regelung der laufenden und Eröffnung neuer Valutakredite, Deckung der Rohstoffe für die Industrie durch Beendigung der die Valuta so ungeheuer schädigenden Kapitalk- und Steuerflucht.

Presse und Regierung

Man schreibt uns: Im Haushaltungsausschuß der Nationalversammlung ist über eine Vereinfachung der Presseorganisation der Reichsfinanzlei und des Auswärtigen Amtes verhandelt worden. Es soll künftig für diese beiden Ämter eine einheitliche Organisation geschaffen werden, an deren Spitze ein Direktor steht, der den Reichskanzler unterstellt und damit auch disziplinarisch erreichbar ist. An dem Problem der erhöhten Einfuhrsteuer der Presse im Staatsleben, namentlich unter

Berücksichtigung der politischen Neuordnung, die der Öffentlichkeit und ihrer Vertretung, der Presse eine hervorragende Rolle gesichert haben, ist schon lange genug gearbeitet worden. Wir würden es begrüßen, wenn wir jetzt endlich Taten sehen würden. Wir müssen aber auch weiter verlangen, daß endlich auch einmal der Zentrums- und Reichsregierung verliehen wird. Augenblicklich sind sämtliche Presseorganisationen bei den Berliner Reichsämtern mit Mehrheitssozialisten oder Demokraten besetzt, während man keinen Zentrumsjournalisten an einem derartigen Posten findet. Dieser Zustand muß so rasch wie möglich aufhören, gerade die Zentrumspresse hat angesichts ihrer auf die Sammlung aller positiven Elemente gerichteten Arbeit einen Anspruch darauf, einen publizistischen Vertreter auch an leitender Stelle zu sehen.

Aus dem Reichsrat

Berlin, 30. September. In seiner heutigen Sitzung stimmte der Reichsrat zunächst einem vom Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung angenommenen Entwurf einer Verordnung über während des Betriebsjahres 1919/20 zulassende Abweichungen vom Gesetz über das Brauwirtschaftsmonopol zu. Zum Entwurf einer Verordnung über den Verkehr mit Zucker erklärte der Berichterstatter Ministerialdirektor Schneehaupt, daß noch nicht bald so viel Zuckerrüben angebaut werden wie im letzten Friedenswirtschaftsjahre. Daher könne man nur mit einer Zuckerverzehrung von 8-9 Millionen Doppelzentnern rechnen. Die Zuckerverzehrung solle zum Zwecke des Anreizes zum Anbau durch Preiserhöhungen gebessert werden. Gegen die Preiserhöhungen führte der bairische Vertreter aus, daß sie den berechtigten Unwillen der Verbraucher hervorrufen würden. In gleichem Sinne äußerten sich die Vertreter anderer Regierungen.

Einigung in der ober-schlesischen Frage

Berlin, 30. September. Im Abgeordnetenhaus fand heute nachmittags eine Besprechung der schlesischen Abgeordneten mit der preussischen Staatsregierung und der Reichsregierung über die ober-schlesische Frage statt. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Hirsch. Minister des Innern Heine erklärte im Namen der preussischen Staatsregierung sich damit einverstanden, daß dem Regierungspräsidenten des Regierungsbezirks Oppeln Geh. Justizrat Bitta sofort die Geschäfte des Oberpräsidenten der zu bildenden Provinz Oberschlesien übertragen werden. Der neue Oberpräsident werde sogleich nach der Annahme des Gesetzes über die Errichtung der Provinz Oberschlesien durch die preussische Landesversammlung die politischen Funktionen seines Amtes übernehmen, während die Kommunalverwaltung der neuen Provinz erst mit dem 1. April 1921 selbstständig geführt werden könne. Dem Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien solle ein Beirat zur Seite gestellt werden.

Nach längerer Aussprache gab Vizepräsident Dr. Borck namens der Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung folgende Erklärung ab: Bis über das Schicksal Oberschlesiens durch die Abstimmung endgültig entschieden wird, stellt sich die Zentrumsfraktion der preussischen Landesversammlung auf folgenden Standpunkt und fordert ihre Gefinnungsgenossen auf, bis dahin denselben Standpunkt einzunehmen:

1. Das Zentrum ist mit der Provinzial-Autonomie zufrieden.
 2. In dem Gesetz über die Provinzial-Autonomie verlangt das Zentrum keine Vorrechte gegenüber anderen Provinzen.
 3. Eine etwaige Propaganda für die staatliche Autonomie wird bis dahin eingestellt.
- Weichminister des Auswärtigen Müller gab danach seiner Freude über die erfolgte Einigung Ausdruck und über die Tatsache, daß der Streit über Oberschlesien nun ruhen würde. Ministerpräsident Hirsch gab die Zusicherung, daß in dem zu bildenden Beirat auch ein Mitglied der Deutschen nationalen vertreten sein soll. Zum Schluß wies Ministerpräsident Hirsch darauf hin, daß in der Verhandlung der ober-schlesischen Frage zwischen der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung niemals sachliche

Unstimmigkeiten bestanden hätten. Der Ministerpräsident forderte nochmals auf, nimmere alles Trennende zurückzustellen, und bat die Abgeordneten und die Vertreter der Presse, alle Kraft auf die eine hohe Aufgabe, auf die Erhaltung des Deutschen, einzustellen.

Gegen die Filmzensur

Düsseldorf, 30. September. Auf der am 24. d. Mts. abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung des Provinzialverbandes Rheinland-Westfalen zur Wahrung der Interessen der Kinematographie wurde nachstehende Entschließung einstimmig angenommen: Die am 24. September 1919 in Düsseldorf tagende Hauptversammlung des Verbandes zur Wahrung der Interessen der Kinematographie lehnt die Anregung zur Schaffung einer Filmzensur in jeder Form ab, da sie nach der Proklamierung des freien Wortes eine Ausnahmestellung für die Filmindustrie bedeuten würde. Die Versammlung hält es für ihre Pflicht, zu betonen, daß augenblickliche Verträge gegen die Moral im Film weder den Behörden noch der Presse das Recht geben, die Filmindustrie in Banisch und Bogen zu verdammen, da diese etwachen Verirrungen gegenüber der überwiegenden Qualität der Ergüsse der deutschen Filmindustrie kaum in die Erscheinung treten. Die Kinematographie will als Faktor der Gegenwartskultur bewertet und geachtet werden. Sie kann nur gedeihen bei vorurteilsloser Kritik ohne behördliche Bevormundung.

Die baltische Frage

Genf, 30. September. Die französischen Blätter lassen keinen Zweifel, worin die Maßregeln der Entente gegen Deutschland bestehen würden: In der vollständigen Einstellung jeder Lieferung von Rohstoffen und in der Unterbrechung der Exporttransporte. Die Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ versichert, daß die Vertreter der Entente in Paris dieses Ultimatum besonders bekräftigen haben, weil sie hinter der Unbotmäßigkeit des Generals v. d. Goltz einen Versuch der Militärdiktatur erblicken, die Möglichkeit zur Wiederherstellung der Monarchie in Deutschland offen zu halten. Nach Privatmitteilungen, die der Rat der Entente erhalten habe, betrage die Armee des Generals v. d. Goltz 50 000 Mann. Man befürchtet jedoch, daß es ihm ohne Schwierigkeiten gelingen werde, 500 000 Mann zusammenzubringen, für den Fall, daß er ernstlich die Wiederherstellung des Deutschen Reiches und die Annullierung des Versailles Friedensvertrages unternähme.

Berlin, 30. September. Nach zuverlässiger Mitteilung ist General v. d. Goltz, nachdem seine Bemühungen, die Truppen zum Abmarsch zu bewegen, erfolglos geblieben sind, endgültig abberufen worden.

Der Streik in England

Amsterdam, 30. September. Das Pressebureau Naha meldet aus London, daß eine Anzahl von Lokomotivführern auf der Südost- und Eastcoastbahn sich bereit erklärt haben sollen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Regierung bedient sich zur Überwindung von dringenden Briefen und Postschiffen nach den Provinzen der Flugzeuge. Die Blätter melden, ist die Regierung der Ansicht, daß eine Einkerkerung des Parlaments vor dem Herbst nicht nötig ist. Die Eisenbahngesellschaften teilen mit, daß eine beträchtliche Zahl von Eisenbahnarbeitern, die mit dem Streik nicht einverstanden sind, sich wieder zur Arbeit melden.

Lloyd George betont nach wie vor die Absicht der Regierung, mit allen Mitteln zu kämpfen, die der Nation zu Gebote stehen. Der Arbeiterführer Thomas aber erklärt seinerseits, es scheine ihm, daß die englische Regierung lieber die Arbeiter bekämpfe, als sich mit ihnen einzeln stelle. Eine ganze Reihe von Industrien müßte den Betrieb einstellen, zum Beispiel konnten viele Werke der Stahl-, Eisen-, Maschinen- und Nappierindustrie zum Stilllegen gen. Voraussichtlich werden auch die Kohlenbergwerke ruhen. Die schwere Gefahr droht der Fischerei des Landes, da die Fischer der Ostküste wegen des Ausfalls der Transportzüge nicht zum Fang ausfahren. „Daily Herald“ schreibt zu den militärischen Maßnahmen der Regierung, daß die Arbeiter jeden Versuch, den Ausstand

Uli der Wächter

Von Jeremias Gotthelf (52. Fortsetzung.)

Es bot wirklich einen herzzerreißenden Anblick, ja schaurig aus, ein Schlachtfeld Gottes, wo seine Hand über den Saaten der Menschen gewaltet. Unwillkürlich trübten Brenelis Augen und seine Hände falteten sich; aber es suchte sich stark zu machen; es sagte: „In Gottes Namen, es sieht schrecklich aus; aber denke, Gott hat es getan, wer weiß warum? Wir müssen es nehmen, wie er es gibt; er, der uns geschlagen hat, kann uns auch helfen; mitummer und Klagen richten wir nichts aus. Denke, wie es heißt: „Sorget nicht für den morgenden Tag; es ist gut, daß jeder Tag seine eigene Plage habe.“ Das steht schon geschrieben, aber wer kann es so nehmen,“ sagte Uli, „besonders —“ Doch Breneli fiel ihm ins Wort und sagte: „Mit, mit, Uli, immer denken muß man so, dann kommt es einem auch so ins Herz, und man weiß nichts mehr anderes. Aber sieh, was ist das? Du mein Gott!“ Es war eine Brut junger Wadlern, wahrscheinlich hatte die Mutter mit ihren Kleinen ins nahe Gebüsch fliehen wollen, und als sie merkte, daß es nicht ging, die Jungen, welche ihr gefolgt, noch einmal unter ihre schirmenden Flügel gefammelt und so mit ihnen den Tod gefunden. Sie lag mit ausgebreiteten Flügeln tot, unter denselben und um sie her ihre Jungen alle; sie war den Tod der Treue gestorben. „So wäre es einem am wohlsten,“ sagte Uli. Breneli antwortete nicht darauf, sondern sammelte die armen Tierchen in seine Schürze und sagte, die müsse ihm keine Stabe fressen oder ein ander wüß Tier. Die Alte mit ihren Kindern verdiente begraben zu werden wie ein Mensch; denn braver als mancher Mensch hätte sie gehandelt.

Unter dem Tacke seines Stöckleins stockerte Foggeli im Hagel, der dort hoch aufgeschlirmt lag und sagte: „Groß wie Baumstämme sind sie; so große Steine sah ich nie. Es war ein schrecklich Wetter; es weiß kein Mensch, wie übel es gegangen, gleich vor der Ernte. Aber Wunder nimmt es mich, warum es gerade in diesem Jahre, nach 70 Jahren, zum ersten Male wieder gehagelt hat und so groß; da muß was Apartes dahinter sein; ich wüßte sonst nicht, warum Gott es gerade jetzt wieder hätte hageln lassen. Wenn es nur so wegen dem allgemeinen Gebrauch wäre, so wäre es schon lang wieder gezeihen; aber warum gerade jetzt wieder? Das dünkt mich kurios.“ Er erhielt keine Antwort. Als sie im Haus waren, sagte Foggeli: „Jetzt ist dem das Reden doch einmal auch vergangen! Es dünkt mich nicht anders. Ich will nicht sagen, daß ich es ihm gönnen mag; aber recht ist, daß dem auch mal was auf die Nase kommt. Wenn ich nur schon meinen Zins hätte; da läßt sich zur rechten Zeit zuhören, daß ich zu meiner Sache komme.“

Breneli unterdrückte mit aller Macht Klagen undummer, war mit aller Teilnahme um Uli besorgt, legte trockene Kleider zurecht, bereitete einen guten Kaffee, der Weiber Tröster in allen Nöten. Aber düster blieb Uli, sprach nicht, legte statt zu essen und zu trinken den Kopf in die Arme auf den Tisch und seufzte tief. Breneli sprach zu, guten Mutes zu sein; das sei die Hauptsache. Doch hätten sie auch etwas, hätten gute Leute, und an dem, was Gott tue, sei doch nichts felsen jemand zugrunde gegangen, wenn er standhaft geblieben und Herz und Kopf am rechten Fleck gehalten; wer zugrunde gehe, sei gewöhnlich selbst daran schuld. „Eben das ist,“ sagte Uli, „du weißt eben nicht alles.“ „Und wenn du den Prozeß auch verloren hast,“ sagte Breneli, „so macht das wieder nichts; es geht nicht von Frankreich; es ist ein

Lehrgeld für ein andermal.“ „Ja, wenn ich ihn verloren hätte, da wäre es wohl gut; ich wäre dessen noch froh; dann hätten wir das Hagelwetter nicht, und ich nichts auf dem Gewissen, das mir niemand mehr von demselben nimmt.“

„Run erzähle er Breneli, wie er den Prozeß gewonnen; nach dem Gesetze habe er recht gehabt, so hätten es die Richter gesagt. Angelegen habe er das Mannli, das sei wahr; aber das sei nicht gegen das Gesetz gewesen, und über den Gewinn sei er ganz froh gewesen, bis das Mannli von Weid und Kindern gesprochen und ihm angewünscht, daß Gottes Hand ihn entweder heizetien treffen oder er am Morgen sterben möchte. Die Worte hätten ihm schwer gemacht und nicht aus dem Sinne wollen; es sei ihm immer gewesen: wäre er nur dabein, aber an ein Hagelwetter habe er nicht gedacht, da es ja hier nicht hagle, höchstens alle hundert Jahre einmal. Er habe wohl gesehen, daß es hagle gegen das Oberland; er habe den Zusammenstoß der Wetter gesehen, und wie sie einander heraufgetrieben, gerade gegen ihn zu; es sei ihm kalt geworden ums Herz; er habe denken müssen: kommt ein Wüß und trifft er dich? Als der Hagel losgebrochen, als er wie ein armer Sünder am Halsseil unter dem Baume gestanden, da habe er den Wüß erwartet und nichts denken können, als: Gott sei meiner armen Seele gnädig! Mit dem Leben sei er davongekommen, aber was jetzt? Ein armer Tropf, so lange er lebe, daß armer sei er auf der Welt sei. Er sei nun um seine Sache, sei um ein gutes Gewissen, müsse sein Rebellang denken, er habe sich und noch einen unglücklich gemacht; und wenn er. Schon gut machen wollte, so seien ihm die Hände gebunden. Er sei selbst nichts hobe. Als der Alte vorhin gesagt, es nehme ihn Wunder, warum es gerade jetzt hageln müsse, da hätte er es ihm sagen können, aber nichts als wüßchen. Wenn er doch nur zehntausend Klaster tief unter dem Boden wärt-

Präsident Koettig verabschiedete sich hierauf von den Beamten mit einem herzlichem Händedruck.

Die feierliche Verpfändung und Einweisung des neuen Polizeipräsidenten Dr. Grille erfolgte heute vormittag 10 Uhr im großen Unterrichtssaal des Polizeigebäudes durch Herrn Kreishauptmann Dr. Krug von Nidda und von Falkenstein. Es hatten sich hierzu sämtliche juristische Beamte, die Polizeikommissare, die Polizeikräfte und die Vertreter aller übrigen Beamten, insbesondere der Kriminal- und der Vollzugsbeamten der Polizeidirektion und der Landesstrafvollzugsanstalten eingefunden.

Hieran wurden dem Herrn Polizeipräsidenten die anwesenden Beamten vorgestellt.

Siebzehnter Verbandstag deutscher Mietervereine. Der 14. Verbandstag deutscher Mietervereine, der in Dresden abgehalten wird, nahm am Sonntag als das Ergebnis seiner Beratungen zur Frage der Sozialisierung des Wohnungswesens eine Reihe von Leitfäden an, die sich mit den schon berichteten Ausführungen des Wohnungsrats Dr. Kampffmeyer-Karlsruhe über Wohnungsnot und Heimstättengesetz decken.

Tisch für Büro Zwecke gesucht. Angebote mit Preis an die Geschäftsstelle der Sächs. Volkstg. Holbeinstraße 46.

2. Vorsitzenden, Arbeitersekretär Berndt, Mitglied der Volkskammer, Baumeister Seidler und Malermeister Sommer als Beisitzern. Der nächste Bundestag wird in Hamburg abgehalten werden.

Theater und Konzerte. Dresden, 30. September. Die deutsche Schauspielervereinigung der neuen Oper „Die Frau ohne Schatten“ von Dr. Richard Strauß hat im Dresdner Opernhaus infolge der Verdrängung der Wiener Aufführung am 29. Oktober außerhalb der Herbstspiele statt.

Dresden, 30. September. Im Libertätentheater gastiert Theodor Becker mit seiner Gattin Maria Hein, beide Mitglieder des Königl. Schauspielhauses der Residenz, in „Ceres und Ariadne“.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten. Chemnitz. Verein kathol. Kaufleute und Beamter „Columbus“. Donnerstag den 2. Oktober abends 8.30 Uhr (Hotel Goldner Löwe, Stollberger Straße) erster Vortragabend.

Statt besonderer Anzeige. Gestern abend entschlief sanft, wohlversehen mit den heiligen Sterbesakramenten, unsere liebe, gute Tante Fräulein Angelika Rütgers im 86. Lebensjahre.

Culmbacher Hof. Neue Bewirtung Schloßstraße 22 Neue Bewirtung. Spezial-Ausbehang I. Culmbacher Radeberger Pilsner :: Tucher Bräu.

Braver talentierter Knabe (11-18 J.) aus gut kath. Familie, der Ordenspriester werden möchte, besonnter Unterst und Aufnahme in einem bayr. Männerkloster. Briefe an die Geschäftsstelle d. Bl. unter „S. G. 4439“.

Sonntag den 5. Oktober 1919 Einweihung der neuen St. Josephs-Kapelle in Borna bei Leipzig durch den hochw. Herrn Bischof Dr. theol. Löbmann.

Dresdener Lehranstalt für Musik. Direktor: Organist Paul Walde. Dresden-Neustadt Melanchthonstraße 25.

Velourhüte, Samthüte, Filzhüte noch sehr preiswert, kleidsame Formen. Umpressen schnell und billigst.

Ämtliche Bekanntmachungen. Fleischversorgung in der Stadt Dresden vom 29. September bis 5. Oktober 1919.

Mehlverteilung. Die das Gebiet der Stadt Dresden wird folgendes bestimmt: § 1. Auf Abschnitt 13 der gelben Einfuhr-Kaufkarte für ausländisches Mehl wird wahlweise entweder ein halbes Pfund amerikanisches Weizenmehl oder ein halbes Pfund inländisches, bis zu 94 Prozent ausgemahlenes Weizenmehl verteilt.

Katholikentag, Begrüßungsabend, Konzertsaal. Dame, in grauem Seidenkostüm, Tisch am Eingange des Saales links an der Säule zwischen zwei jungen Damen sitzend und nach Schluss mit einer jungen Dame nach Orna zu gehend, wird vom Herrn im blauen Anzug, ohne Anschlag hinter genanntem Tisch stehend, um wertige Adressen gebeten, wenn Annäherung erwünscht, unter S. St. 4442 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Meine neue Lehre von der Heilung der Nervenkrankheiten, besond. der Lungenentzündung, der infolge falscher Behandlung unheilbar werdenden Nervenleiden zum Opfer fallen. Verfäume niemand, sich bei den heute in unzähligen Fällen auftretenden Nervenkrankheiten dieses sehr empfehlenswerten Buch zu Kauf. Preis Mark 3,30.

Geschäfts-Anzeiger. Dresden. Josef Liebscher, Schneidermeister für Herren und Damen Dresden-Johannstadt, Haydstraße 42, I.

Malerarbeiten werden prompt und billig ausgeführt. B. Persch, Malermeister, Bergmannstr. 11. Fernspr. 80320.

Schneidermeister Hermann Göbel, Neumarkt 8 II, a. d. Frauenkirche.

Bankhaus Schmidt & Gottschalk, Theatergasse 6 Ecke Schulstraße. Einlösung sämtl. Zinsscheine 14 Tage vor Fälligkeit.

Otto Burkhardt & Paul Sohan, Fernruf 794, Ofensetzgeschäft, Schliebenstr. 14. Setzen und Reparieren sämtlicher Öfen.

Handschuhmacher u. Bandagist Josef Rother, Kornmarkt-Ecke, am Theater.

Buchbinderei von Franz Harnuth, Lindenstr. 10 Tel. 18715. Wohn. Thomasstr. 21.

Kirchenmalerei Weststr. 29 Heinrich Hinrichs Fernspr. 11026.